



## **Antrag der SPD-Fraktion vom 30.03.2021 / Stadtrat Klie Umsetzung der einzelnen Handlungsfelder des Sozialberichts der Stadt Crailsheim**

<b>Gremium</b>	<b>Termin</b>	<b>Beratungsfolge</b>	<b>Status</b>
Bau- und Sozialausschuss	20.07.2021	Vorberatung	öffentlich
Gemeinderat	21.07.2021	Entscheidung	öffentlich

### **Anlagen**

### **Weitere beteiligte Ressorts**

#### **I. Beschlussvorschlag**

Antrag der SPD-Fraktion vom 30.03.2021 / Stadtrat Klie:

Der Sozialbericht lieferte eine aussagekräftige Informationsgrundlage für die integrierte und übergreifende soziale Kommunalpolitik. Für uns als SPD-Fraktion stellt sich die Frage wie reagiert die Verwaltung auf den Sozialbericht?

Deshalb stellt die SPD-Fraktion den Antrag an die Verwaltung ein Papier und einen Zeitplan bis zum 30.09.2021 für die Umsetzung der einzelnen Handlungsfelder zu erstellen.

#### **II. Sachverhalt und Begründung**

-

#### **III. Empfehlung und Ziel der Verwaltung**

Nach seiner Fertigstellung wurde der Sozialbericht am 30.03.2021 im Bau- und Sozialausschuss und am 31.03.2021 im Gemeinderat vorgestellt und beraten. Stadtrat Klie hat in der Sitzung des Bau- und Sozialausschusses am 30.03.2021 den Antrag an die Verwaltung gerichtet, bis 30.09.2021 ein Papier und einen Zeitplan für die Umsetzung der einzelnen Handlungsfelder des Sozialberichts zu erstellen.

Mit der Definition von acht Handlungsfeldern skizziert der Sozialbericht für die Stadt Crailsheim zentrale Herausforderungen in den Bereichen Soziales, Integration, Inklusion, Generationen, Gesundheitsversorgung, Wohnen, Bildung und Standortmarketing, die es künftig zu bewältigen gilt.



Um den im Sozialbericht aufgezeigten Herausforderungen angemessen und zeitnah zu begegnen, ist beabsichtigt, die einzelnen Handlungsfelder unter Beteiligung der betroffenen Ressorts und Akteure umfassend aufzuarbeiten, die Ergebnisse in einem Konzept mit Zeitschiene zusammenzufassen und dem Gemeinderat zur Beratung vorzulegen. Dieses Konzept könnte als Grundlage einer ziel- u. wirkungsorientierten Stadtpolitik Verwendung finden und so die Entwicklung einer bedarfsgerechten Infrastruktur und Prävention fördern.

Die Verwaltung empfiehlt, dem Antrag der SPD-Fraktion unter der Maßgabe zuzustimmen, den Bearbeitungszeitraum bis 31.12.2021 zu erweitern.